



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN BRASILIEN

No. <i>Pres. 111</i>	
CAT	
EE	
R - 7. JULI 1964 16.7.64	
Kop. 3 1	

RIO DE JANEIRO, 2. Juli 1964

Postfach 744
Telegramme: AMBASUISSE
Code: A. B. C. 6^{me} édition

Ref.: L.30.51.

III/11

An die Handelsabteilung
des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements
B e r n

Bitte bespre. Co (S.S.S.)

Brasiliens Finanz- und
Wirtschaftspolitik

Herr Botschafter,

Die gegenwaertige Finanz- und Wirtschaftspolitik der brasilianischen Regierung ist vorlaeufig noch etwas schwer zu verstehen. Massnahmen mit beschraenkter Zielsetzung wurden ergriffen, ohne dass jedoch die Ergebnisse immer den Erwartungen entsprochen haetten. Einige dem Kongress unterbreitete Projekte sind derart abgeaendert worden - mit und ohne Wissen der Verwaltung - dass sie im Widerspruch zu dem, was beabsichtigt war, stehen.

Es bestehen keine Zweifel, dass es die Regierung mit der Bekaempfung der Inflation ernst meint. Was jedoch noch fehlt, ist eine "uniformity of purposes". So funktioniert das Zusammenspiel zwischen Regierung und Parlament auch nicht richtig, wofuer die Schuld eher beim letzteren zu suchen ist.

Die Preise schiessen mittlerweile wieder in die Hoehe, und das Problem der Lebenskosten nimmt beunruhigende Aspekte an. Bis jetzt sind keine wirklich effektiven Schritte ergriffen worden, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Eine offizielle Untersuchung von 39 der wichtigsten Nahrungsmitteln, die in 52 Geschaeften im Staate Guanabara, der auf diesem Gebiet als repraesentativ fuer Brasilien gelten darf, durchgefuehrt wurde, hat ergeben, dass die Preise nach der Revolution erstaunlich anzogen, und zwar vor allem in den letzten Wochen. Im Monat April, als die Revolution noch im Stadium der Saeuberung war und der Verwal-



- 2 -

tungsapparat ziemlich leer lief, fielen erst wider Erwarten eine Reihe von Preise, im Mai begannen sie aber wieder anzu- steigen. Der Aufwaertstrend umfasst Produkte wie Reis, Korn, Milch, Kaese, etc., und es wird befuerchtet, dass die Ziffern fuer Juni noch entmutigender sein werden als die fuer den Monat Mai. Die Aussichten fuer die naechste Zeit sind alles andere als guenstig. Die Lebenskosten werden weiter anziehen und in den naechsten Wochen die den oeffentlichen Angestellten eben gewaehrte Lohnerhoehung wieder zunichte machen.

Es gibt zweifellos Gruende, um diesen Preisanstieg zu rechtfertigen, aber zum Teil sind sie doch auf Spekulation und Gewinnsucht zurueckzufuehren. Es wird offenbar von dem Umstand profitiert, dass die Aufmerksamkeit der Regierung gegenwaertig stark von dem Problem, wie der naechste Praesident gewaehlt werden soll, absorbiert ist.

Auf einem anderen Gebiet steht auch nicht alles zum Besten. So sehen einige Projekte fuer finanzielle Massnahmen, die bereits vom Kongress angenommen oder von ihm noch studiert werden, die Foerderung von Investierungen vor. Sie kollidieren allerdings mit anderen Massnahmen, die den Unternehmen neue Lasten auferlegen. Diese werden heute zweifach getroffen: einmal direkt durch die Preiserhoehungen, da dies sie zwingt, die Loehne ihrer Angestellten anzuheben, und indirekt durch hoehere Ausgaben fuer Material, Ausruestungen und Kraftstoff. Es liegt auf der Hand, dass die Fabrikanten diese Buerde auf den Konsumenten abzuwaelzen versuchen, was weitere Preiserhoehungen ausloesen muss.

Umstritten ist des weiteren die Konsumsteuer. Finanzminister Bulhões gab vor kurzem im Prinzip zu, dass deren Erhoehung antisozial und ungerecht sei, weil sie das Einkommen des Steuerzahlers nicht beruecksichtige und so den Armen mehr als

den Reichen belaste. Er versucht, die bittere Pille mit theoretischen Erklärungen volkswirtschaftlicher Natur zu versüßen. Seiner Meinung nach ist einer der wahren Gründe der Inflation in den übertriebenen Lohnerhöhungen zu finden. Darauf stützt er sich, um die Erhöhung der Konsumsteuer zu begründen. Die Bekämpfung der Inflation mache es nötig, die Kaufkraft einzuschränken oder, wie er sagt, die Konsumtionskapazität zu reduzieren. Es wird ihm nun vorgeworfen, dieser Satz - "Reduktion der Konsumtionskapazität" - stehe im Widerspruch zur wirtschaftspolitischen Doktrin. Man habe immer wieder gesagt, dass Brasiliens niedriges per capita-Einkommen, das nur mit dem von Indien und Ägypten verglichen werden kann, die Quelle alles Übels sei, und nun wolle der Finanzminister, dass die Brasilianer auf eine Art und Weise leben, die einem noch niedrigeren Einkommen entspreche.

In Wirtschaftskreisen beruft man sich auf die wirtschaftspolitische Doktrin, nach der zur Lösung finanzieller und wirtschaftlicher Probleme die Erhöhung der Produktion notwendig sei. Aber wie ist es möglich, die Produktion zu erhöhen, argumentiert man, wenn der Konsum reduziert wird. Wenn eine höhere Produktion den Weg zur Bekämpfung der Inflation bilde, wie vor kurzem von Regierungsseite behauptet wurde, dann scheint in der Tat den Absichten des Finanzministers ein gewisser Zusammenhang zu fehlen. Ausser die Reduktion der Konsumtionskapazität könne mit der Produktionssteigerung so ins Gleichgewicht gebracht werden, dass die Preise sich stabilisieren.

Der kürzlich dem Kongress unterbreitete Einkommensteueränderungsvorschlag ist im Senat stark abgeändert worden. Eine der Änderungen besteht darin, dass die Inhaberaktien so hohen Steuern unterworfen werden, dass sie die Dividenden auffressen. Dies wiederum würde eines der Ziele der Finanzpolitik der

- 4 -

Regierung zunichte machen, naemlich die Kanalisierung von Geld in den privaten Kapitalmarkt. Dass der Praesident gegen diese Abaenderung kein Veto eingelegt hat, laesst einen gewissen Mangel an Kohaerenz erkennen.

All dies weist darauf hin, dass die Regierung gegenwaertig eher noch experimentiert und es im uebrigen bis jetzt nicht fertiggebracht hat, sich mit dem Kongress in einer Art "unité de doctrine" zu finden. "Uniformity of purposes" ist aber zweifellos wesentlich fuer den Erfolg der Finanzpolitik, und zwar nicht nur aus technischen, sondern auch aus psychologischen Gruenden.

Es ist moeglich, dass Praesident Castelo Branco aus taktischen Ueberlegungen noch etwas elastisch operiert. Der dem Kongress unterbreitete Abaenderungsantrag fuer das "Remessa de Lucros"-Gesetz, der von den alten Gegnern bereits wieder heftig angegriffen wird, duerfte ein erster Testfall dafuer sein, wo die Regierung die Grenze des "bis hierher und nicht weiter" zieht und wie sie mit einer negativen Opposition, die den Interessen des Landes zuwiderlauft, fertig wird.

Die Kritiken, denen Praesident Castelo Branco und einige seiner Minister ausgesetzt sind, geben ihm zu denken, und er entschloss sich deshalb, in einer Serie von Radio- und Televisionsprogrammen direkt an das Volk zu gelangen. Er schaltet dazu die Fachminister ein, die jeder in seiner Sparte Bericht ueber das geben, was in den ersten 90 Tagen seit der Revolution geleistet wurde. Als erster hat Planungsminister Roberto Campos die Situation geschildert, wie sie vorgefunden wurde, und die grossen Linien der Regierungspolitik dargestellt. Nach ihm sind die ersten Resultate der Antiinflationpolitik bereits sichtbar. Der Lebenshaltungskostenindex, welcher vor der Revolution 8,2% erreichte, betrage fuer Juni nur 5,1% und ab August kaeme der Anstieg zum Stillstand, um dann von einer Senkung gefolgt zu werden. Eine komplette Stabilisierung erwartet er fuer das Jahr 1965.

Obwohl man hinsichtlich der brasilianischen Wirtschafts- und Finanzpolitik noch nicht ganz klarsieht, scheint doch die Neigung zu bestehen, die vorliegenden Inkongruenzen als Kinderkrankheiten zu betrachten, die in dem Masse, wie die Regierung mit ihren Aufgaben wachst, verschwinden werden. Auslaendische Gelder beginnen denn auch wieder zu fliessen. Die Abwicklung des 200 Mio DM-Abkommens mit der Bundesrepublik beginnt anzulaufen, die Vereinigten Staaten stellten im Rahmen der "Allianz fuer den Fortschritt" einen 50 Mio Dollar-Kredit fuer Stabilisierungs- und Entwicklungszwecke zur Verfuegung, eine Mission der Internationalen Bank fuer Wiederaufbau und Entwicklung ist in Rio angekommen und ein internationales Konsortium zur Finanzierung der Entwicklung Brasiliens, dem die Internationale Bank, die Weltbank, Japan und westeuropaeische Laender angehoren sollen, steht, wie von offizieller brasilianischer Seite verlautet, vor der Bildung.

*Manuel
im Rapport*

*1. langfristige
Systeme nach
1. Punkt in 4. v. v. nicht
erhalten.
2. nach 2. Punkt in
h. j. und d. j.
die Kommission
die Reg. + Hilfe
um diese Punkte
guten geordneten
materiell. wurde
Komm. der Weltbank
die im Anhang
sich empfiehlt.*

Ich moechte hier auch darauf hinweisen, dass von den Konkurrenzlaendern der Schweiz vor allem die Amerikaner, die Japaner, die Deutschen und zum Teil die Englaender in letzter Zeit sehr aktiv sind und offensichtlich ihre Dispositionen auf eine Optimistische Beurteilung der Wirtschaftspolitik von Praesident Castelo Branco stuetzen. In hiesigen schweizerischen Handelskreisen ist man darueber etwas besorgt; man befuerchtet, dass die Schweiz zu lange zoegert und den Anschluss verpassen koennte und fragt mich immer wieder, wann die schweizerische Exportrisikogarantie brasilianische Geschaefte wieder im frueheren Ausmass in Deckung nehme.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzueglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter:

Ammince'

Kopie an die Abteilung fuer Politische Angelegenheiten des EPD zur Kenntnisnahme.